

Antrag Nr. 23-F-22-0019

FDP, CDU

Betreff:

Auswirkungen des Offenbacher KiTa-Urteils
- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 21.06.2023 -

Antragstext:

In einem wegweisenden Urteil hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof die Satzung der Stadt Offenbach über die Bezuschussung von Kindertagesstätten der Träger der Jugendhilfe und Elternbeiträge für unwirksam erklärt. Der 10. Senat des VGH Kassel hat mit dem o.g. Urteil u.a. entschieden, dass Kommunen nicht durch Regelungen in die Berufsausübungsfreiheit der freien Träger eingreifen dürfen, indem sie z.B. die Anzahl der Schließtage, die Verwendung einer bestimmten Software oder die Höhe der Kita-Gebühren vorschreiben.

Das Urteil hat damit Konsequenzen für alle Kommunen, die in ähnlicher Weise in die Gestaltungsfreiheit der freien Träger durch Gebührenregelungen oder die Festlegung der Anzahl der Schließtage eingreifen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über die Auswirkungen des VGH-Urteils auf die Landeshauptstadt Wiesbaden zu berichten.

Wiesbaden, 21.06.2023

Sebastian Rutten
Fachsprecher

André Weck
Fachsprecher

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin

Melanie Völker
Fraktionsreferentin